Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

Dezernentin Thiel wies darauf hin, dass die Zuständigkeit zur Einführung einer Bezahlkarte nicht beim Rhein-Sieg-Kreis, sondern bei den kreisangehörigen Kommunen liege.

Derzeit fänden Gespräche zwischen der Landesregierung NRW und den kommunalen Spitzenverbänden statt, mit dem Ziel, eine einheitliche und flächendeckende Lösung zu finden. Die Ergebnisse seien abzuwarten.

Darüber hinaus habe der Landrat bereits Mitte Februar alle Mitglieder des Landtages aus dem Rhein-Sieg-Kreis mit der Bitte angeschrieben, sich für eine einheitliche Lösung einzusetzen. Zudem ständen er und das Sozialdezernat über verschiedene Gremien im regelmäßigen Austausch mit den kreisangehörigen Kommunen. Dieser Austausch werde fortgeführt.

KTM Koch sagte, diese Thematik entwickle sich laufend fort. Insbesondere erwarte man eine Klärung auf Landesebene.

Die Einführung einer Bezahlkarte stoße auf einen breiten Konsens bei den Fraktionen. Jedoch stelle die Einführung einer Bezahlkarte insbesondere bei den kleineren Kommunen vor eine große Herausforderung. Eine einheitliche Vorgabe von Landesseite wäre hierbei wünschenswert.

Dennoch wäre er dankbar, wenn der Rhein-Sieg-Kreis eine aktive Rolle einnehmen würde. Die Vorlage der Verwaltung zeige, dass dies bereits erfolge.

KTM H. Becker bemerkte, es sei korrekt festgestellt worden, dass diese Sache eine Angelegenheit der Kommunen sei. Insofern biete es sich an anzusehen, wie der Sachstand des nordrheinwestfälischen Städte- und Gemeindebundes und des Landes sei.

Weiter verwies KTM H. Becker auf den Rundbrief des Städte- und Gemeindebundes an die Kommunen vom 29.02.2024. Demnach habe es ein Gespräch mit der zuständigen Ministerin Paul gegeben habe. Das abgestimmte Gesprächsergebnis zitierte KTM H. Becker wie folgt:

„Die kommunalen Spitzenverbände und die Landesregierung haben verabredungsgemäß Gespräche zur Einführung und Ausgestaltung der Bezahlkarte in Nordrhein-Westfalen aufgenommen und werden diese vertrauensvoll weiterführen. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Karte möglichst verbindlich und flächendeckend sowie mit möglichst einheitlichen Standards ausgerollt werden soll. Dies soll bürokratiearm und für die Kommunen einfach handhabbar und pragmatisch geschehen.

Möglicherweise notwendige rechtliche Anpassungen sind durch den Bund im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenz zu schaffen. Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände werden frühzeitig darüber sprechen, wie der den Ländern verbleibende gesetzliche Spielraum ausgefüllt werden kann, um eine einheitliche Einführung und Anwendung der Bezahlkarte zu gewährleisten.

Die Landesregierung wird für eine diskriminierungsfreie Ausgestaltung der Bezahlkarte Sorge tragen.“

Darüber hinaus zitierte KTM H. Becker die Einschätzung der Geschäftsstelle des Städte- und Gemeindebundes NRW:

„Aus Sicht der Geschäftsstelle erübrigen sich damit bis auf Weiteres politische Diskussionen in den Räten vor Ort über die Modalitäten der Einführung der Bezahlkarte. Über die weitere Entwicklung werden wir Sie informieren.“

KTM H. Horst Becker sagte, wenn dieses vom Städte- und Gemeindebund objektiv nach einem abgestimmten Gesprächsvermerk festgestellt worden sei, sehe er für seine Fraktion keinen Handlungsbedarf.

Der Landrat bemerkt, aufgrund einer Abfrage bei den Kommunen sei es nicht gewünscht, dass der Rhein-Sieg-Kreis eine Vorreiterrolle einnehme. Darüber sehe er es genauso wie KTM H. Becker, dass dort einiges noch im Unklaren sei und geklärt werden müsse.

Weiter teilte der Landrat mit, das Angebot des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hinsichtlich der Einführung eines einheitlichen Kartensystems sei aufgrund geringer Akzeptanz abgelehnt worden. Der Bund habe in der Folge eine Ausschreibung vorgezogen, die noch bis zum Sommer andauere. Und Ohne eines einheitlichen Kartensystems bräuchte man keine Bezahlkarte einführen. Er sehe es wie der kommunale Spitzenverband, dass derzeit politische Anträge nicht weiterhelfen.

KTM Waldästl sagte, mit Antrag von FDP und SPD wolle man verdeutlichen, dass man hinter dem System der Einführung einer Bezahlkarte stehe und dieses für eine gute und sinnvolle Lösung halte. Zudem sehe man, wie in Ziffer 1 des Antrages aufgeführt, die Landesregierung in der Pflicht.

Man könne wohlwollen zur Kenntnis nehmen, dass mit dem Schreiben des Städte- und Gemeindebundes vom 29.02.2024 der erste Punkt des Antrages erfüllt sei.

Er halte es für sinnvoll, dass die Verwaltung in den nächsten Sitzungen des Kreisausschusses einen Sachstandsbericht in dieser Angelegenheit geben.

KTM Steiner teilte mit, dass die FDP im Wachtberger Gemeinderat ihren Antrag zu dieser Thematik für erledigt erklärt habe. Er sei ebenfalls der Ansicht, dass der Landrat im Kreisausschuss über die Entwicklung berichte und der Antrag von SPD und FDP demnach für erledigt erklärt werden könne.

KTM H. Becker schloss sich dem Vorschlag an, den Antrag für den erledigt zu erklären und den Landrat zu bitten, regelmäßig zum Fortgang dieser Frage zu berichten.

Der Landrat stimmte dem zu und stellte fest, dass Einvernehmen darüber bestehe, den Antrag für erledigt zu erklären.